

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 25.02.2016 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.

### Begründung

Der Petent möchte erreichen, dass Deutschland den organisatorischen, rechtlichen und politischen Rahmen für die Einrichtung eines Marshallplans für die Ukraine realisiert.

Der Petent legt im Einzelnen dar, dass der Schlüssel zu einer friedlichen Zukunft Europas derzeit in der Ukraine liege. Sollte es die Ukraine schaffen, sich im Rahmen von Assoziationsabkommen mit der Europäischen Union (EU) zu einer erfolgreichen Gesellschaft zu entwickeln, dann wäre dies eine große Bereicherung für Deutschland und die EU, für die europäischen Werte und den Frieden in Europa. Um dies zu erreichen bedürfe es nicht nur der bereits unternommenen sehr wertvollen Schritte zur Unterstützung des ukrainischen Staates seitens der EU und Deutschlands, sondern auch eines Marshallplans für die ukrainische Wirtschaft und Gesellschaft. Der Deutsche Bundestag möge die dafür notwendigen Schritte einleiten.

Zu dieser als öffentliche Petition zugelassenen Eingabe sind 24 Diskussionsbeiträge und 158 Mitzeichnungen eingegangen. Die Diskussionsbeiträge waren teils befürwortend, teils kritisch-ablehnend.

Unter Berücksichtigung einer Stellungnahme des Auswärtigen Amtes sieht das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung folgendermaßen aus:

Der Deutsche Bundestag und die Bundesregierung sehen die wirtschaftliche Stabilisierung und die Unterstützung der Reformbemühungen der Ukraine als zentrales Anliegen an. Das kontinuierliche deutsche Engagement dafür ist eng koordiniert mit der Europäischen Union, den anderen EU-Ländern, weiteren Staaten und Institutionen. Diese internationalen Unterstützungsmaßnahmen sind eng

gebunden an die Fortsetzung der begonnenen ukrainischen Reformen und deren innenpolitische Umsetzung.

Deutschland unterstützt die Ukraine bereits seit 2002 beim Aufbau eines demokratischen Rechtsstaates und marktwirtschaftlicher Strukturen. Die bilaterale technische und finanzielle Zusammenarbeit, die sich bisher auf 240 Mio. Euro beläuft, hat die folgenden Schwerpunkte: Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, dabei insbesondere die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, und Energieeffizienz. Hinzu kommen die Bekämpfung von AIDS und HIV und die Unterstützung zur wintergerechten Versorgung von Binnenflüchtlingen. Deutschland fördert auch Rechtsberatungsprojekte in der Ukraine, wobei derzeit der Schwerpunkt auf Verfassungs-, Verwaltungs- und Strafrecht, auf der Justizreform und der Korruptionsbekämpfung liegt. Bei den Schwerpunkten Verwaltungsrecht und Handelsrecht beteiligt sich Deutschland zudem regelmäßig an multilateralen Projekten, z. B. der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa – OSZE. Das Auswärtige Amt fördert auch diverse Menschenrechtsprojekte in der Ukraine, die von ukrainischen Nichtregierungsorganisationen umgesetzt werden.

Was die finanzielle Unterstützung der Ukraine durch Deutschland betrifft, auf die der Petent mit der Idee eines Marshallplans auch abzielt, so wurden im Jahr 2014 130 Millionen Euro in bilateralen Unterstützungsmaßnahmen geleistet, im Jahr 2015 werden es 200 Millionen Euro sein. Zudem hat der Deutsche Bundestag 14 Millionen Sondermittel bereitgestellt für den Ausbau der zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit mit Ländern der Östlichen Partnerschaft mit Schwerpunkt auf der Ukraine.

Auch wenn die Vorstellungen des Petenten hinsichtlich der Unterstützung der Ukraine mit einem Marshallplan vermutlich noch weiter gehen, so sind doch viele Unterstützungsmaßnahmen bereits angelaufen – zum Teil schon seit Jahren – und werden weitergeführt. Dies alles hat zum Ziel, der Ukraine in ihren Reformbestrebungen und bei der wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und innenpolitischen Stabilisierung zur Seite zu stehen und damit letztendlich auch den Frieden in Europa zu erhalten. Für die Implantierung eines Marshallplanes für die Ukraine – vergleichbar dem US-amerikanischen Wiederaufbauprogramm für Westeuropa nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges – vermag der Petitionsausschuss derzeit keine Notwendigkeit zu erkennen.

Der Petitionsausschuss kann daher nur empfehlen, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen teilweise entsprochen worden ist.